

77.230 Portugal -
77.230 Spanien - EG/wa

Brüssel, den 26. Oktober 1981

Besuch von Botschafter Sommaruga und Minister Girard

Gespräch mit Frau I. Nielsen, Generaldirektor der EG-Kommission,
DG I, Leiterin der Erweiterungsverhandlungen ¹⁾

Donnerstag, 22. Oktober 1981, 15.30 - 16.00 Uhr

Stand und Zukunft der Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien sowie die Anliegen der Schweiz in diesem Zusammenhang lagen im Vordergrund dieser kurzen Unterredung:

1. Stand und Zukunft der Beitrittsverhandlungen:

Frau Nielsen (N) beurteilt den gegenwärtigen Verhandlungsstand als festgefahren, "stuck". Diese Situation zeige sich erneut wenige Tage vor den Beitrittsverhandlungen auf Ministerebene (26./27. Oktober 1981 in Luxemburg) und zwar äussere sich diese in den unbeugsamen Verhandlungspositionen einiger Mitgliedstaaten, allen voran Frankreich. So betrachte F die Einführung der Mehrwertsteuer durch Spanien ab Zeitpunkt des EG-Beitritts als unerlässlich, währenddem sich Spanien aus innenpolitischen Gründen (Haltung der Unternehmerschaft) weigere, gewissermassen als Vorbedingung für Beitrittsverhandlungen eine entsprechende Erklärung abzugeben. Ferner verlange Frankreich nach erfolgtem Beitritt Portugals eine zeitlich beschränkte Weiterführung der bestehenden Selbstbeschränkung im Textilsektor (und zwar nicht nur für die 12 sensiblen Produkte), was für Portugal aus wirtschaftlichen Gründen nicht tragbar sei und mit dem Hinweis auf die Ziele des Römervertrages abgelehnt werde. Die Gemeinschaft - ohne

1) Teilnehmer: EG-Kommission: I. Nielsen; K. Ewig, DG I
Schweiz : C. Sommaruga, P. Girard, J.-P. Zehnder, A. Egger



- 2 -

Frankreich - habe sich auf eine Weiterführung der bestehenden administrativen Zusammenarbeit während der Uebergangszeit (für 12 sensible Produkte) geeinigt. Hierzu habe die EG den Engländern eine Zusage gemacht. Diese umfasse "le cas échéant d'éléments de progressivité en vue d'assurer de façon harmonieuse le développement des courants d'échanges en matière textiles permettant la réalisation de la libre circulation de ces produits dans la Communauté élargie", was im Klartext eine Selbstbeschränkung oder gar die Anwendung der Schutzklausel bedeute, falls Portugal die sensiblen Textilprodukte-Exporte nach der Gemeinschaft, wovon GB 50 % importiere, während der Uebergangszeit (3 Jahre) 15 % überschreiten sollten. Die Franzosen bekämpften diesen einseitigen Lösungsansatz, da Frankreich andere als nur die sensiblen Textilprodukte anvisiere, was einem Rückschritt gegenüber dem gegenwärtigen Zustand gleichkäme, wozu nach (N) die Gemeinschaft nicht Hand bieten werde.

Wenn der Eindruck festgefahrener Verhandlungen vor allem in den zwei vorgenannten Bereichen und in weniger präziser Form auch in andern Dossiers (Fischerei, Landwirtschaft, soziale Angelegenheiten) bestehe, kämen die Verhandlungen in weniger spektakulären Bereichen in zwar sehr kleinen Schritten voran.

Die Kommission ist nach (N) nicht bereit, den Spaniern eine Uebergangszeit für die Einführung der TVA einzuräumen. Denn würde sie dies tun, müsste sie auch den portugiesischen Wünschen nachgeben. Die Kommission sei insgesamt bereit, in verschiedenen Verhandlungsgebieten kurze Uebergangszeiten - kürzer als in früheren Verhandlungen - einzuräumen. Der Zollabbau sollte, falls er z.B. drei Jahre betragen würde (Spanien verlange fünf - zehn Jahre), symmetrisch erfolgen.

- 3 -

Demgegenüber fordere Frankreich ein asymmetrisches Vorgehen.

Nach (N) ist der Zeitplan für das Vorankommen in den weiteren Verhandlungen schwierig vorauszusehen, solange Frankreich die harte Verhandlungsposition nicht ändert. Substantielle Verhandlungen, die nach (N) nicht vor 1982 beginnen werden, könnten innerhalb von 9 bis 12 Monaten beendet werden, weshalb das in Betracht gezogene EG-Beitrittsdatum noch nicht in Gefahr steht.

Die Verhandlungen mit Portugal und Spanien werden nach (N) parallel weitergeführt werden. Die Beitritte dieser beiden Länder sollten aus der Sicht der Mehrheit der Mitgliedstaaten auch gleichzeitig erfolgen. Sollte Frankreich unter Umständen in den Verhandlungen mit Spanien substantziell nicht weiterkommen, würden die Verhandlungen mit Portugal deutlich vorangetrieben, um Frankreich auf diese Weise zu forcieren, sich zu entscheiden. Die Aufnahme Portugals in die EG ohne Spanien sei jedoch nicht vorstellbar.

2. Die Anliegen der Schweiz

Botschafter Sommaruga (So) legt die schweizerische Haltung dar. Nach seinen Ausführungen ist die Ausgangssituation bei Portugal und Spanien ungleich günstiger als im Falle Griechenlands, weil aufgrund bestehender vertraglicher Verpflichtungen die Ausgangszölle dieser beiden Länder zum Zeitpunkt des EG-Beitritts für die EG und die EFTA-Länder im abgedeckten Produktbereich mindestens identisch sein sollten. Die Schweiz möchte bezüglich des EG-Beitritts Spaniens klarmachen, dass eine Diskriminierung weder im tarifären noch im nicht-tarifären Bereich hingenommen werden könnte.

- 4 -

Aus schweizerischer Sicht stehe bezüglich Portugal für den Beitrittszeitpunkt und die sich anschliessende Uebergangszeit folgende Forderung im Vordergrund:

- a) Keine Schlechterstellung gegenüber der EG
- b) die Aufrechterhaltung des in der EFTA erreichten Liberalisierungsstandes
- c) Die Fortsetzung des in der EFTA-Konvention festgelegten Zollabbaus während der Uebergangszeit.

Nach (So) sind aus schweizerischer Sicht die ausserhalb des AMF bestehenden freiwilligen Selbstbeschränkungsabkommen (z.B. mit Portugal und Spanien) im Rahmen des Europäischen Freihandelssystems grundsätzlich problematisch, weil dann automatisch diejenigen Länder, die ihre Grenzen offen halten, unter vermehrten Druck von Billigimporten geraten. Bei der Aushandlung der Uebergangsbestimmungen könnte dies zu Problemen führen, weil im Falle von Restriktionen seitens der EG auch bestimmte EFTA-Länder solche Forderungen anmelden könnten. Die Schweiz ist nach (So) grundsätzlich für ein gemeinsames burden-sharing eingestellt, könnte sich indessen gezwungen sehen, ebenfalls Massnahmen zu erwägen (spezielle escape-clause).

Am Rande des Nachtessen hat (So) mit Frau Nielsen folgendes erörtert:

Nach(So) stellt sich im Rahmen des Beitritts Portugal für die EFTA die Frage nach der Behandlung der "Infant-Industries". Die EFTA habe bekanntlich Portugal in Annexe G zur Konvention im Jahre 1975 ermächtigt, bis 1985 neue Zölle einzuführen, oder bestehende zu erhöhen, um neu gegründete Industrien zu schützen (Geltendmachung eines "acquis-AELE" in Analogie zum "CE - acquis de l'association" im Falle Griechenlands). Gemäss (N) hat die EG-Kommission - im Unterschied zu Portugal - hierzu keine konkreten Vorstellungen.

- 5 -

Nach (So) kann Portugal kein generelles Sonderregime für alle sensiblen Sektoren (Papier, Stahl, etc.) aushandeln. (N) stimmt dem mit dem Hinweis zu, die Portugiesen müssten dies mit der EG produkteweise aushandeln.